

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der illustrierten Touristenbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Alsterstraße 35/37, nach die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,80. Wochentlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089a 8. Richtung.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile über deren Raum 15 Pfennige, für Veranmeldungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pf. Zuckrate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 258

Dienstag, den 3. November 1896.

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Zum Monatswechsel

fordern wir alle Abonnenten und Freunde des Lübecker Volksboten auf, rüthig für die Verbreitung ihres Blattes zu sorgen. Der Reichstag beginnt schon in wenigen Tagen seine Sitzungen und es ist notwendig, daß jeder Staatsbürger sich über die wichtigen Fragen unserer Reichspolitik unterrichtete und dazu Stellung nehme.

Der „Lübecker Volksbote“ wird nach wie vor für eine gründliche Unterweisung seiner Leser und für eine verlässliche Berichterstattung sorgen, er wird nach wie vor entschlossen die Interessen des

gesamten werththätigen Volkes wahrnehmen.

Daneben wird er bestrebt sein, durch immer weiteren Ausbau seinen Lesern an den langen Winterabenden eine Quelle der Erhebung, der Belehrung und Ergötzung zu sein.

Auf zur Gewinnung neuer Abonnenten.

Redaktion und Verlag.

Deutsches Bankwesen.

Mit der Entwicklung Deutschlands zum Industriestaate ging Hand in Hand eine völlige Umwälzung des Zahlungssystems. Der kleine Kaufmann seht seine Waare gegen baare Zahlung ab; verlässlichen Kunden gewährt er wohl Kredit, doch es genügt ein Oktavbüchlein, um deren Soll und Haben einzutragen. Die großen Handelshäuser der Gegenwart sind längst diesen einfachen Verhältnissen entwachsen; sie geben und nehmen Kredit im ausgedehntesten Maße. Aber todes Kapital bringt keine Zinsen. Der Kaufmann wie der Industrielle müssen trachten, das Kapital stets in Bewegung zu erhalten, es in möglichst kurzen Fristen auf's neue umzusetzen.

Aber dies nicht allein. Würde die Auszahlung wie ehedem in haarer Münze geschehen, so müßten gewaltige Massen Metall in Anspruch genommen werden, — Massen, zu deren Beförderung allein ganze Wagenzüge gebraucht würden.

Der moderne Handel hat Aushilfsmittel gefunden. Statt der Zahlungen in haarem Gelde genügt die Ausstellung eines Wechsels. Der Wechsel zirkulirt. Er wird von Hand zu Hand gegeben; in drei Monaten dient er vielleicht neunzig Mal als Zahlungsmittel. In welchem Maße der Geldverkehr durch Wechsel erleichtert wird, er giebt der Umstand, daß 137 deutsche Banken im Jahre 1895 für 1867,5 Mill. Mark Wechsel diskontirten. Hätte man diese Zahlungen in Baar leisten wollen, so würde man 669319 Kilogramm Gold oder 10275000 Kilogramm Silbermünzen gebraucht haben.

Als Ergänzung dient das Konto-Korrent; nur der überschüssige Betrag in der gegenseitigen Rechnung gelangt in bestimmten Perioden zur Auszahlung. Als wichtigste Institution des modernen Geldverkehrs erscheinen die Banken. Sie gewähren dem Geschäftsmann Kredite, eröffnen ihm ein Konto; die Bank fungirt als „Kassaführer“ des Großhändlers und Gewerbetreibenden, — die Bank treibt „Handel mit Geld“. Aber auch sie bemüht — in noch weit höherem Maße, wie ihr Klientel — das Papier als Zirkulationsmittel.

Welch bedeutsame Rolle die Banken im Wirtschaftsleben des kapitalistischen Deutschland spielen, das zeigen die Rechnungsergebnisse von 137 deutschen Banken, die uns vorliegen.

Das Grundkapital dieser Banken betrug 1892 die Summe von 1652,8 Millionen Mark, es stieg 1893 auf 1667,8, 1894 auf 1700,4 Millionen und erreichte 1895 den Stand von 1811,8 Millionen Mark. Dazu treten fremde Mittel, die diese Banken in Benutzung hatten und zwar 1892 7717,2 Millionen, 1893 8012,7 Millionen 1894 9169,4 Millionen und 1895 10 043,1 Millionen Mark. Die Ansammlung des Kapitals und die Steigerung des Umsatzes entspricht der Ausbreitung und Steigerung des Kapitalismus überhaupt. Ende 1883 hatten diese 137 Banken 5921 Millionen Mark in Verwaltung — Ende 1895 ist diese Summe um über das Doppelte, nämlich auf 12 223 Mill. gewachsen.

Mit ihrem Wachsthum stellen die Banken einen stets größer werdenden Fonds in Reserve, jede trachtet, auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein. Es betrug der

Reservefonds 1892 326,4 Millionen Mark, 1893 337,8 Millionen, 1894 347,0 Millionen und 1895 374 Mill. Mark. Jetzt schon macht der Reservefonds 20,64 Proz. des Grundkapitals aus! Und das, obgleich effiziente Dividenden vertheilt werden.

Die Durchschnitts Dividende betrug 1892 6,2 Proz. 1893 6,25 Prozent, 1894 6,74 Prozent und 1895 7,39 Prozent. Also auch hier ein beständiges Anwachsen! Das fette Jahr 1895 wurde noch in anderer Weise nutzbar gemacht, denn es wurden in diesem Jahre neben der Dotierung des Reservefonds mit 19,18 Millionen Mark, nicht weniger als 12,03 Millionen Mark Abschreibungen vorgenommen. Die Abschreibungen waren nur im Jahre 1893 mit 12,14 Millionen Mark höher, die Zuweisung an den Reservefonds erreichte niemals diese überraschende Höhe. Gut und gern konnten also diese Banken die Dividenden noch weit mehr steigern, — doch sie wissen auch so gut zu fahren. Gewiß geben alle Boffern davon Zeugniß, wie wohl die Kapitalisten sich gegenwärtig fühlen können.

Ein profitables Geschäft ist stets für die Banken die Auflegung — Emission genannt — neuer Industrie-Aktien, Staatspapiere (fast hätten wir gesagt: Staatsaktien) u. Nachdem 1888 für effektiv 1985 Millionen Mark solcher Werthpapiere in Deutschland emittirt worden waren, sank die Summe bis auf 1016 Mill. Mark in 1892. Das war eine Begleitererscheinung der ungünstigen Wirtschaftslage. 1893 folgt eine Hebung ein, es werden 1266 Millionen Mark emittirt und 1894 1424 Millionen Mark. 1895 schließt ab mit 1376 Millionen Mark.

Das könnte scheinen, als sei abermals ein Rückschlag erfolgt. Doch die Ziffern über die Gründung von Aktiengesellschaften in Deutschland reden eine andere Sprache. Es wurden 1893 95 Gesellschaften mit 77,26 Millionen Mark Kapital, 1894 92 Gesellschaften mit 88,26 Mill. Mark und 1895 162 Gesellschaften mit 248,8 Millionen Mark Kapital gegründet. Noch größer ist die Steigerung im ersten Halbjahr 1896, das 95 Gründungen mit 151,03 Millionen Mark Kapital gegen 76 mit 97,5 Millionen Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres aufweist. Charakteristisch für den Entwicklungsgang, den unsere Industrie nimmt, ist der Umstand, daß das Gründungskapital und damit der Betrieb stets größer wird, denn es betrug durchschnittlich bei jeder Gesellschaft 1893 810 000 Mark, 1894 960 060 Mark, 1895 aber schon 1 560 000 Mark. Das erste Halbjahr 1896 übertrifft endlich alle Vorgänger mit einem Durchschnitt von 1 590 000 Mark. Es befinden sich unter den jüngsten Gründungen auch zwei landwirtschaftliche Aktiengesellschaften mit einem Kapital von durchschnittlich 2 580 000 Mark, ein Zeichen, daß auch die Landwirtschaft auf der vollendeten Form kapitalistischer Produktion angelangt ist.

Alles in Allem zeigen die deutschen Banken ein Bild glänzigen Standes. Der gesammte Geschäftsverkehr dieser 137 Banken betrug 1887 7173,8 Millionen Mark, in langsamer Steigerung hebt er sich bis 1893 auf 10 024,5 Millionen und schnell im folgenden Jahr auf 11 211 Millionen, 1895 aber auf 12 223,6 Millionen Mark empor. Die Banken sind Institute, die Bedürfnissen des Kapitalismus dienen, in ihren Betriebsergebnissen spiegeln sich die Erscheinungen des Wirtschaftsmarktes wieder.

Wenn nun ein solches Emporblühen dieser Institute besonders für die letzten zwei Jahre festzustellen ist — der Umsatz stieg, das Kapital stieg, die Reservefonds wurden vermehrt wie nie vorher, die Abschreibungen waren sehr reichlich, die Durchschnittshöhe der Dividende stieg — so sind wir berechtigt, eine allgemein günstige Lage des Wirtschaftsmarktes anzunehmen. Ist dieses richtig, so ist ebenso gewiß, daß für die Arbeiter die Möglichkeit gegeben ist, mit Erfolg um eine Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage zu kämpfen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bismarck contra Reichsanzeiger. Die Mittheilungen der „Hamburger Nachrichten“ über den deutsch-russischen Neutralitätsvertrag hatten bekanntlich eine Erklärung im „Reichsanzeiger“ herbeigeführt, deren wesentlicher Inhalt besagte, die Regierung würde auf eine Erörterung der betreffenden Mittheilungen nicht

eingehen, weil die darin erwähnten Vorgänge zu den „strengsten Staatsgeheimnissen“ gehören, deren Verbreitung eine „Schädigung wichtiger Staatsinteressen bedingen würde.“ Hierauf antworteten die „Hamburger Nachrichten“ mit einem Artikel, der in Ton und Inhalt seinen Friedrichsruber Urheber deutlich verräth.

Der Leitartikel der „Hamburger Nachrichten“ führt folgendes aus:

„Wir haben in unserer Mittwoch-Morgen-Ausgabe die Erklärung mitgetheilt, welche der „Reichsanzeiger“ im nichtamtlichen Theile gegen den russischen Artikel der „Hamburger Nachrichten“ über die deutsch-russischen Beziehungen veröffentlicht hat; wie es sich nicht, in eine Polemik mit der Redaktion des „Reichsanzeiger“, auch in ihrem außeramtlichen Theile einzutreten, sind aber doch genöthigt, gegen einige Sätze ihres Artikels Verwahrung einzulegen. Einmal geben wir nicht zu, daß diplomatische Vorgänge der in Rede stehenden Art zu den „strengsten Staatsgeheimnissen“ gehören. Die behaupteten russisch-deutschen Verhandlungen gehören der Geschichte an und den Archiven; ihre Geheimhaltung war für uns wie für den Dreibund von heute aus kein Bedürfnis, sie erfolgte lediglich auf russischen Wunsch, und die Situation, auf welcher diese Wunsch: niemals beruhte, besteht heute nicht mehr. Am deutschen Interesse hätte unserer Ansicht nach die volle Veröffentlichung gelegen, da der ganzen Sache für uns nicht etwa ein Hindernis zu Grunde liegt, sondern ein berechtigter Anlaß für alle friedliebenden Angehörigen des Reiches wie des Dreibundes, mit Genugthuung auf den Vorgang zurückzublicken, Staatsmänner, die den Frieden überhaupt pflegen wollen, die sich die Ehre der Verantwortlichkeit stets vor Augen halten, welche die Schuld an einem Kriege der größten europäischen Mächte untereinander mit sich bringen würde, sind sich der Pflicht bewußt, jedes sich ihnen bietende Mittel zur Erhaltung des Friedens, welches mit den Interessen des eigenen Landes verträglich ist, auch anzuwenden und zu vertreten. Die Behauptung, daß das 1890 abgeschlossene deutsch-russische Abkommen mit der Treue gegen den Dreibund nicht verträglich wäre, ist vollständig aus der Luft gegriffen für jeden, der es kennt und der die Dreibund-Verträge auch nur oberflächlich liest. Schon dieser Text wahrt der österreichisch-ungarischen Monarchie in Bezug auf etwaige neue deutsch-französiche Verwicklungen die Freiheit sogar bei einem Angriffe Frankreichs auf Deutschland neutral zu bleiben, und Niemandem ist es eingefallen, deshalb von einer Duplicität der österreichischen Stellung im Dreibund zu sprechen. Auch wenn, wie man theoretisch bei aller praktischen Unwahrscheinlichkeit sich zurecht legen kann, Rußland vom deutschen Reiche unprovokirt angegriffen würde, so wäre aus dem Dreibundvertrage eine Verpflichtung zur österreichischen Beteiligung an dem deutschen Eroberungskriege gegen Rußland nicht herzuleiten. Der ganze Dreibund in corpore könnte, wenn Rußland dazu bereit wäre, mit letzterem ganz dasselbe Abkommen schließen, das bis 1890 zwischen Rußland und Deutschland bestanden hat; er würde deshalb auf seinen Hauptzweck, die gemeinsame Vertheidigung gegen russische Angriffe, nicht zu verzichten brauchen, und es würde gewiß allen Freunden des Friedens in Europa eine erhebliche Beruhigung gewähren, wenn die drei verbündeten Regierungen der russischen gemeinsam ihre Neutralität für den Fall eines unprovokirten Angriffs auf Rußland zusagten. Wenn bei der russischen Regierung Neigung dazu voranzujehen wäre, so würde es sich unserer Ansicht nach empfehlen, noch heute denselben Vertrag zu erneuern, dessen Fortsetzung im Jahre 1890 von uns abgelehnt wurde und dessen jetziges Bekanntwerden in so hohem Maße die sittliche Entrüstung aller derjenigen Parteien in der Presse erregt, welche vor 1890 dem Reiche unfreundlich und kämpfend gegenüberstanden, nach 1890 aber sich für die Stützen desselben ausgesagen. Wir finden bei dieser Sachlage die Behauptung, daß „Staatsgeheimnisse“ zum Nachtheile des Deutschen Reiches preisgegeben worden wären, unbegründet und werden in dem leider nicht mehr bestehenden russischen Vertrage stets einen Beweis der Einsicht und der Gewissenhaftigkeit der Regierung Kaiser Wilhelms I. erblicken. Noch weniger können wir die Wendung des Reichsanzeigers unbeanstandet lassen, in welcher er darauf verzichtet „Falsches zu berichtig“ oder „Unvollständiges zu ergänzen“. Letzteres würde der Reichsanzeiger nur können, wenn er den Text des so heftig angefochtenen deutsch-russischen Vertrages vollständig veröffentlichte; Falsches aber ist in unseren Ausführungen überhaupt nicht enthalten gewesen, und die Andeutung, als ob es wäre, würde uns wohl eine Berichtigung geben, im nichtamtlichen Theile des Reichsanzeigers eine Berichtigung im Sinne des § 11 des Preßgesetzes zu verlangen.“

Wenn Bismarck noch Reichskanzler wäre und es wären gleiche und ähnliche verrätherische Enthüllungen erschienen, wie sie jetzt in seinem Hamburger Organ gemacht worden sind, so wäre nach der zutreffenden Darstellung der Berliner „Volks-Ztg.“ unsehbar Folgendes passirt:

1) Die betreffende Nummer des „enthüllenden“ Blattes wäre auf telegraphische Requisition, angeordnet durch den Reichskanzler, mit Beschlag belegt worden. Der verantwortliche Redakteur, wahrscheinlich auch der Besitzer des Blattes, vielleicht auch der Korrektor und verschiedene Seher wären verhaftet worden. In den Räumen des Blattes und in den Privatwohnungen der Redakteure und des Besitzers wären Hausdurchsuchungen vorgenommen worden. Auch einige Staatsmänner a. D., die der Reichskanzler im Verdacht hätte, daß sie mit der Veröffentlichung in Verbindung ständen, wären durch eine Hausdurchsuchung vielleicht durch eine Verhaftung in Anspruch genommen worden.

In der offiziellen Presse ständen flammende Er-

Ueber den Maximalarbeitstag im Bäckereigewerbe

hat der Bäckermeister Gustav Müller in Berlin ein offenes Wort an die Arbeitgeber gerichtet. Die im Selbstverlage des Verfassers erschienene, 35 Seiten starke Broschüre zeugt davon, daß Müller sich außer mit der Bäckerei auch mit der Philosophie befaßt. Er glaubt, Aufklärung und Erziehung können den Interessentkampf beseitigen und die Menschheit zu einer in Harmonie lebenden Familie machen.

„Selbsterkenntnis“, schreibt er, „ist der erste Schritt zur Besserung; doch um Selbsterkenntnis üben zu können, ist ein tieferes, vorurtheilsfreieres Denken, als es bisher von den Menschen geliebt wird, notwendig; denn nur dem, der sich auf dem Gebiete des Denkens von der Neigung zur Trägheit frei zu halten versteht, kann der Lohn in einem heranreifenden Urtheils- und Denkvermögen werden.“

Herr Müller wird seine Kollegen, die „Geistesgrößen“ der Meisterschaft im Bäckerhandwerk kennen, um zu wissen, wie weit die Herren Künze, Gemeinhardt u. vom Philosophieren entfernt sind. Sollte er jedoch über den Geisteszustand seiner Kollegen nicht genau unterrichtet sein, dann möchten wir ihm empfehlen, die Protokolle, die Vernehmung von Auskunftspersonen vor der Kommission für Arbeiterstatistik, zu lesen, dann wird er die Geisteszustände von einem Duzend Bäckermeistern, die noch dazu die Elite ihres Standes sind, kennen lernen. Da wird er Köpfe finden, die vollständig unempfindlich sind gegen philosophische Gründe.

Herr Müller drückt sich auch sehr zart aus; er giebt zu, „daß in einer nicht unerheblichen Anzahl von Bäckereien, namentlich in Großbetrieben, die Arbeitszeit das von einem gesundheitlichen und menschenfreundlichen Standpunkte erlaubte Maß übermäßig überschritten wird, daß ein ordnender Eingriff der Gesetzgeber als nicht ganz ungerechtfertigt erscheint“. Wenn das vom gesundheitlichen Standpunkte erlaubte Maß an Arbeitszeit in einer nicht unerheblichen Anzahl von Bäckereien überschritten wird, dann ist ein Eingriff der Gesetzgeber nicht nur nicht ganz ungerechtfertigt, sondern dringend notwendig. Denn in erster Linie ist es Aufgabe der Gesetzgeber, die Gesundheit der Staatsbürger zu schützen, einerlei, ob dieselbe von einem Straßenräuber oder gewisslosen Ausbeuter bedroht wird. Hier zu behaupten, das Eingreifen ist nicht ganz unberechtigt, also bis zu einem gewissen Grade doch unberechtigt, beweist, daß an dieser Stelle der Philosoph von dem Bäckermeister stark beeinflusst wurde. Herr Müller schildert nun, vielleicht unbeabsichtigt, seine Kollegen als sonderbare Käuze. Er schreibt: „Die Bäckermeister waren über die neuzeitlichen Bestimmungen, wie Invaliditätsversicherungsgesetz und Bestimmungen über die Sonntagsruhe, schon gereizt.“ Von diesen Bestimmungen sind aber doch nicht nur die Bäcker, sondern alle Unternehmer getroffen. Welche Ursache hatten die Bäcker, besonders gereizt zu sein? Etwa deshalb, daß man in Deutschland den Bäckern nur eine

halbe Sonntagsruhe bewilligte? Daß eine volle Sonntagruhe im Bäckergewerbe durchführbar ist, beweist England und ein Theil westdeutscher Städte. Im Uebrigen sucht Herr Müller die Meisterrevolte philosophisch zu erklären. Er schreibt: „Behagt es uns nicht, uns selbst zu einem gewissen Grade von Opferbereitschaft zu bequemen, so dürfen wir, wenn wir gerecht sein wollen, auch nicht verlangen, daß Andere das thun mögen, wozu wir selbst nicht im Stande sind. Also unser Volk im Allgemeinen, ob reich, ob arm, dürfte sich vom Standpunkte der Gerechtigkeit wohl kaum berechtigt fühlen, die Bäckerbesitzer ob ihres Verhaltens zu verurtheilen, da fast alle Volksgenossen, in dieselbe Lage versetzt, ähnlich oder ebenso handeln würden.“

Herr Müller hätte hier erst sagen müssen, was die Bäckermeister denn opfern sollen. Opfert der Straßenräuber einen Theil seines Besitzes, wenn er am Rand gehindert wird? Ist es ein besonderes Recht der Bäckermeister geworden, daß sie die noch in Zukunft von den Arbeitern zu leistende Arbeit über 12 Stunden täglich hinaus jetzt schon als Eigentum betrachten? Der in diesen Ueberstunden zu schaffende Profit existirt noch gar nicht und etwas, was noch gar nicht existirt, kann doch kein Mensch verlieren. Herr Müller versucht es dann mit einem Appell an die Vernunft und das Gerechtigkeitsgefühl seiner Kollegen. Er bringt ihnen zum Bewußtsein, welche Macht die Besitzlosen haben und wie verhängnisvoll diese Macht den Besitzenden werden kann. Er hält es für eine doppelte Pflicht aller Vernünftigen, auf Mittel und Wege zu sinnen, um die Lage unzufriedener Arbeitergruppen freiwillig ohne Zwang von unten oder oben zu bessern; er sagt: „Unbewußt machen alle die sich eines schweren Verbrochens an ihrem eigenen Volke schuldig, die nicht für ihren Theil ihr Möglichstes dazu beitragen, berechtigter Unzufriedenheit im eigenen Betriebe und Bereiche durch opferbereites Entgegenkommen zu steuern.“

Herr Müller glaubt ferner, wenn die Bäckermeister, von Orange der Gerechtigkeit gelitet, an ihre eigene Gesellenzeit zurückdenken würden, daß sie dann den Gesellen gern freie Zeit bewilligen würden. Da kennt Herr Müller aber seine Kollegen schlecht. Bei den Vernehmungen vor der Kommission für Arbeiterstatistik erinnerte der Meister Gemeinhardt sich seiner Gesellenzeit und erzählte, daß früher die Bäckerei keine Menschenarbeit, sondern eine menschenvernichtende Arbeit gewesen sei. Aber selbst arbeiten oder nur als Meister zusehen, sind zwei verschiedene Dinge, die auch auf das Denken ihren Einfluß ausüben. So erging es auch Herrn Gemeinhardt. Er urtheilte als Meister anders, als da er noch Geselle war.

Die Müller'sche Moralpredigt wird so noch mehrere Seiten fortgesetzt. Hierbei giebt er auch der Sozialdemokratie den Rath, „endlich einmal damit zu beginnen, sich von ihren eigensinnig festgehaltenen Theorien loszureißen, ihren zum Theil gerechtfertigten Zorn über die bisherige unwürdige schmählische Behandlung seitens der Gegner zu bemeistern suchen und so ihr die Hand von Seiten einzelner Arbeitgeber entgegengestreckt werden sollte, nicht starr zurückzuweisen.“

Der Herr philosophische Bäckermeister übersieht, daß die unwürdige, schmählische Behandlung, welche die Gegner der Sozialdemokratie zu Theil werden lassen, nicht die Ursache, sondern die Folge des selbstständigen Vorgehens der Arbeiter ist. Weil die Unternehmer nicht auf den Ausbeutungsprofit verzichten wollen, behandeln sie den Ausbeuter halt zuruft. Diese Erfahrung dürfte auch Herr Müller machen, wenn er für seinen Vorschlag „einen gerechten Gewinntheil des Arbeiters am etwaigen Geschäftsgewinn“, einen größeren Anhang gewinnen sollte. Er ist so von der Gerechtigkeit und Durchführbarkeit des Gewinntheils der Arbeiter überzeugt, daß er mit großer Wärme für diesen Vorschlag wirbt. Würde er ihn in einer Bäckerversammlung begründen, dann könnte er erfahren, daß die gereizte Stimmung der Bäckermeister sich gegen ihn kehren wird. Der Fragebogen, womit er das erste Kapitel seiner Schrift überschreibt: „Ist eine Verständigung zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer möglich?“ würde von den Meistern energisch verneint werden.

Sehr stark kommt aber bei dem zweiten Abschnitt der Bäckermeister in dem Verfasser zum Vorschein. Er will die Undurchführbarkeit des zwölfstündigen Maximalarbeitstages nachweisen und führt als Grund an, daß man die Bäckerei niemals auf die Minute berechnen kann. Derjenige Bäcker, welcher glaubt, daß er nur 12 / 60 Minuten, also 720 Minuten täglich arbeiten lassen muß, wird oft in die Lage kommen, diese Bestimmungen zu übertreten. Es ist aber nicht vorgeschrieben, daß mindestens 12 Stunden, sondern höchstens 12 Stunden gearbeitet werden darf. Daß diese Forderung durchführbar ist, geht aus den im Jahre 1892 angestellten statistischen Erhebungen hervor. Nach diesen wurde damals schon in 53,3 Prozent der Bäckereien 12 Stunden und weniger gearbeitet. Die Arbeitszeit, welche in der größeren Hälfte, wegen Mangels an Kundenschaft, innegehalten wird, kann in den Betrieben, wo Ueberfluß an Bestellungen ist, durch Einstellung neuer Arbeiter um so leichter innegehalten werden. Wird der Betrieb so geregelt, daß die Arbeitszeit bei normalem Geschäftsgang weniger als zwölf Stunden beträgt, dann ist Müllers Haupteinwurf beseitigt. Die Frage, ob in zwölf Stunden das in Deutschland übliche Gebäck hergestellt werden kann, ist von allen Meistern bejaht worden. Der ganze Widerspruch der Meister ist nur dadurch hervorgerufen, daß viele Meister glauben, sie können mit ihrem jetzt beschäftigten Personal ein so großes Quantum herstellen, wie sie absetzen können, und da sie keine neuen Kräfte einstellen und bezahlen wollen, so schreien sie, es sei unmöglich, in der vorgeschriebenen Zeit fertig zu werden.

Hier läßt auch Herr Müller all die alten Schmäher von der Unkontrollirbarkeit der Gährung und der Wärme des Ofens, dem Einfluß der Witterung, der Nachlässigkeit oder Unfähigkeit der Arbeiter aufmarschieren. Alle diese Hindernisse existiren doch auch für die großen Bäckereien, wie die des Stuttgarter und des Breslauer Konsumvereins, und dort wird eine erheblich kürzere Zeit als 12 Stunden gearbeitet. Auch hält Müller die Verord-

Die Lüge.

Erzählung von Emil Rosenow.

(4. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Wie hätte mit diesem Pfunde gewuchert werden können! Nicht nur er war voll ungefüllten Wissensdranges, Millionen anderen ging es ebenso. Sie hätten gerne ihren geistigen Blick geschärft, ihr Denken entwickelt, aber es war ihnen jede Möglichkeit dazu genommen, denn der Fluch der Armuth lastete schwer auf ihnen.

Und wie behaglich es hier war. Rauchhaupt sah sich in dem Raume um. Alles um ihn her athmete Behaglichkeit und Wohlstand. Der dicke Bodenteppich dämpfte den Schritt und die schweren, grünen Fenstervorhänge hielten das Geräusch der Straße ab. Eine gleichmäßige Wärme durchströmte das Zimmer und die Luft durchzog der feine Duft einer Havana, die der Pastor vorhin geraucht haben mochte.

Rauchhaupt blickte durch die Fensterscheiben auf die breiten Promenaden dieses vornehmen Stadtviertels. Sie waren von Gartenanlagen durchzogen, hohe Bäume machten im Sommer die Wege schattig und hier und da plätscherte ein Springbrunnen. Es war zwölf Uhr und die vornehme Welt machte ihre Spaziergänge. Die Hauptallee, welche er von dem Fenster aus fast ganz überblicken konnte, war von Spaziergängern belebt.

Ein elegantes Publikum füllte die Allee, und die Mannigfaltigkeit der Toiletten gab dem Ganzen ein buntes, lebhaftes, dem Auge wohlgefälliges Gepräge. Ab und zu galoppirten ein paar Reiter über den Fahrweg oder eine Equipage sanfte dahin.

Und Rauchhaupt gedachte des Proletariatsviertels, in welchem er sein Leben verbrachte. Gerade jetzt hatten sich die Thore der Fabriken geöffnet und die Tausende

hervorgespielen, welche festgebannt in die Treitmühle des jämmerlichen, täglichen Einerlei schafften mußten bis sie der Tod erlöste. —

Er wandte sich um und erschreckte plötzlich, denn an der gegenüberliegenden Thüre sah er die hohe Gestalt einer jungen Dame, die ihn mit einem Ausdruck des Erstaunens betrachtete, als ob sie durch die alleinige Anwesenheit eines Fremden in diesem Zimmer sehr überrascht sei. Sie mochte etwa fünfundsiebzig Jahre alt sein, eine vollentwickelte blonde Mädchenschönheit, groß und üppig. Sie trug ein dunkles Sidenkleid, dessen einfache Form und tadelloser Sitz die vornehme Wirkung ihrer Persönlichkeit noch erhöhte.

Rauchhaupt war für den Moment ganz verwirrt. Dann stellte er sich mit einer höflichen Verbeugung vor und erklärte den Zweck seines Hierseins.

Sie bat ihn, sich zu setzen und warf dann einen prüfenden Blick auf die Bibliothek.

„Ich wußte nicht, daß mein Vater schon Jemand mit der Arbeit betraut hatte“, sagte sie mit wohlklingender Stimme. „Wir sprachen erst gestern darüber. Es freut mich aber, daß nun endlich Ordnung geschafft werden soll, denn ich benötige diese Bibliothek fast mehr als Vater selbst. Er ist alt und liebt die Ruhe, auch für den Geist. Er liest fast nur sein theologisches Schriften. Ich dagegen interessire mich für alles und diese Bibliothek ist auch thatächlich fast meine einzige Zerstreuung.“

Sie sprach ruhig, ohne jede Koketterie und ernst, wie ein Mann. Rauchhaupt hörte ihr gerne zu.

Sie sprachen erst über die Bibliothek und dann über allgemeine literarische Dinge. Es war ein Thema, das nicht allein ihn fesselte, sondern auch dieses Mädchen auf das Höchste zu interessiren schien.

Rauchhaupt erkannte bald, wie tief gebildet sie sei und es war ihm eine Lust, ihr zuzuhören. Ihr Benehmen

war ein ganz anderes, wie das der Mädchen, die er bisher gekannt.

Sie redete nicht, um ein Gespräch zu unterhalten, sondern um der Sache selbst willen. Aufmerksam hörte sie auf ihn, um hernach ihre Gründe zur Geltung zu bringen.

Der Pastor blieb lange fort und so kam es, daß sich ihre Unterhaltung auch anderen Dingen zuwandte. Sie achteten der Zeit nicht, und es entspann sich eine regelrechte Debatte zwischen ihnen, die sie geistig einander näher brachte.

Mit feinem Verständniß hatte sie herausgefunden, daß er ein Freigeist sei, und als er nun in eine sehr begreifliche Verlegenheit kam über die Art, wie er, der Andersdenkende, sich in diesem Hause des Geistlichen benehmen sollte, half sie ihn gütig darüber hinweg.

Sie sprachen auch über die Familie Gerike und die kleine Clara, der eigentlich Rauchhaupt diese Bekanntschaft verdankte und er erfuhr, daß Fräulein Seeliger das Mädchen sehr liebte. Fast bedauerte Rauchhaupt, als er Schritte hörte und der Pastor in der Begleitung eines Herrn eintrat, wodurch das Gespräch beendet wurde.

„Hier, mein lieber Freund, ist der junge Mann“, sprach Pastor Seeliger, Rauchhaupt vorstellend. „Er gefällt mir, er ist tüchtig und wird gewiß bald Ordnung unter die Bücher bringen.“

Die beiden Männer standen sich gegenüber. Rauchhaupt kannte den Fremden, es war der Schuldirektor Kauff, eine bekannte Persönlichkeit in der Stadt. Bei allen Wohlthätigkeitskomitees, bei allen Festlichkeiten der guten Gesellschaft, war er mit an der Spitze. Die Zeitungen nannten seinen Namen in ihren Vereinsberichten, denn überall that er sich durch seine süßliche Beredsamkeit hervor. Auch im politischen Leben spielte er eine Rolle.

